

Ressourcen freilegen

MdB Emmi Zeulner sieht Bayern als Vorreiter in der Gesundheitspolitik

Mit der CSU-Bundestagsabgeordneten Emmi Zeulner haben die bayerischen Zahnärzte eine „stetige Verfechterin der Freiberuflichkeit“ an ihrer Seite. Als Mitglied des Gesundheitsausschusses mahnte sie bereits an, dass es durch größere Organisationseinheiten und den Trend zur Anstellung nicht zu einer Industrialisierung der Medizin kommen dürfe. Vielmehr müsse es das Ziel sein, die Versorgung im ländlichen Raum zukunftsfest zu machen.

BZB: Sie kommen aus Oberfranken. Das Problem der Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist Ihnen bestens vertraut. Was kann und muss die Politik tun, um wieder mehr Ärzte und Zahnärzte in die sogenannte Provinz zu locken?

Zeulner: Es steht die Frage im Vordergrund: Wie kann ich wieder junge Menschen dafür begeistern, auch in ländliche Regionen zu kommen und sich hier niederzulassen? Denn der Fachkräftemangel betrifft alle Branchen. Meine Antwort ist: Wir müssen den ländlichen Raum zukunftsfest machen. Das heißt für mich, dass wir dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel mit einem klaren Konzept begegnen. Wir müssen weiter ein funktionierendes und sich bedingendes Zusammenspiel aus attraktiven Arbeitsplätzen, Verkehrs- und digitaler Infrastruktur, einem bürgerfreundlichen ÖPNV sowie bezahlbarem Wohnraum, Kinder- und Seniorenbetreuung, guter medizinischer Versorgung und ansprechenden Kultur- und Freizeitangeboten schaffen. Diese Rahmenbedingungen sind die Zukunftschance für den ländlichen Raum, weil er dadurch wettbewerbsfähig bleibt und attraktiver wird als die aufgeheizten Ballungsräume.

Wir müssen für Familien passende Rahmenbedingungen schaffen – Betreuungsangebote ausbauen, eine Ansiedlung gerade im ländlichen Raum attraktiv gestalten. Und wir müssen weiterhin massiv in die Bildung investieren – denn sie ist die Grundlage für unseren Wohlstand. Wir müssen dafür sorgen, dass junge Leute interessante Ausbildungsmöglichkeiten finden. Denn es ist nachgewiesen, dass dort, wo Ausbildung stattfindet, die Menschen bleiben und sich niederlassen – ihre Heimat finden.



Foto: Paul Blau

CSU-Politikerin Emmi Zeulner erzielte bei der Bundestagswahl 2017 in ihrem Stimmkreis Kulmbach bayernweit das beste Erststimmenergebnis. Die 30-Jährige gehört dem Gesundheitsausschuss an.

Am Ende läuft es darauf hinaus, ob eine Region eine Zukunftsperspektive für junge Menschen bieten kann. Können wir sowohl der Partnerin/dem Partner, die/der sich zum Beispiel als Ärztin/Arzt niederlassen will, etwas bieten, als auch dem Partner/der Partnerin, der/die in einem anderen Bereich arbeiten möchte? Speziell für Ärzte haben wir bereits verschiedenste finanzielle Maßnahmen ausgestaltet, wie zum Beispiel einen Niederlassungszuschuss. Weiter plädiere ich unter anderem für eine regionalere und flexiblere Betrachtung der Bedarfszulassung.

BZB: Die Zahnärzte haben klare Forderungen an die Politik. Dazu gehören ein echter Bürokratieabbau, die Abschaffung von Budgets, eine neue Approbationsordnung und der Erhalt der Freiberuflichkeit. Können wir dabei auf die Unterstützung der CSU zählen?

Zeulner: Ich selbst bin eine große Verfechterin des Bürokratieabbaus in allen Gesundheitsberufen, um die starren Strukturen aufzubrechen und Ressourcen freizulegen. Ein entscheidender Ansatzpunkt hierbei ist die Digitalisierung. Wir müssen die Telematik weiter vorantreiben. Denn langfristig bedeutet Digitalisierung Bürokratieabbau und damit Arbeitserleichterung. Prozesse können effektiver und effizienter zusammengeführt werden. Das kommt auch direkt in den Praxen an. Doch ich bin mir auch bewusst, dass die Politik hierfür – gerade im ländlichen Raum – weiter die Grundlagen schaffen muss. Denn ohne einen flächendeckenden Breitbandausbau werden wir hier nicht weiterkommen. Dafür setze ich mich weiter ein. Glasfaser in jedes Haus und jede Praxis muss unser Ziel bleiben.

Wir brauchen bundeseinheitliche Regelungen, die zu einer wirklichen Entlastung vor Ort führen und keine weitere Bürokratie nach sich ziehen. So ist zum Beispiel die Überführung des „guten alten“ papierenen Bonusheftes in ein digitales Bonusheft eine gute Sache, jedoch muss die Durchführung in bereits bestehende Programme integriert werden, um zusätzliche Programme, die automatisch wieder mehr Arbeit bedeuten, zu vermeiden. Zielgerichteter Bürokratieabbau durch Digitalisierung ist das Ziel. Mit unserem Gesundheitsminister Jens Spahn haben wir einen großen Unterstützer der Digitalisierung und der Telematik.

Als Berichterstatterin für die nicht-ärztlichen Heilberufe ist es mir ein großes Anliegen, die Assistenzberufe deutlich aufzuwerten und ihnen mehr Anerkennung zukommen zu lassen. Denn nur so können wir die Berufe wieder attraktiver für den Nachwuchs gestalten. Sie als Zahnärzte wissen selbst, dass eine gute zahnmedizinische Fachangestellte unbezahlbar ist und wir aktiv den Nachwuchs fördern müssen. Wenn hier eine Aufwertung und eine Delegation beziehungsweise eine Substitution stattfinden, kann man auch an den Punktwert ran und diesen nach oben anpassen.

Hinsichtlich der Approbationsordnung freut es mich, dass wir im Koalitionsvertrag festhalten konnten, dass diese schnellstmöglich abgeschlossen werden soll. Dies muss nun zeitnah im Schulterchluss mit den Landesregierungen, genauer den Kultus- und Finanzministerien, geschehen. Einen wichtigen Punkt sehe ich hier in schnelleren und dennoch gründlichen Anerkennungsverfahren von Ärzten, die nicht in Deutschland studiert haben.

Zu dem letzten angesprochenen Punkt, dem Erhalt der Freiberuflichkeit, haben Sie mich als stetige

Verfechterin der Freiberuflichkeit an Ihrer Seite. Denn ich bin der Ansicht, dass die Freiberuflichkeit im niedergelassenen Bereich, bei der ein Arzt – wie nirgendwo anders – noch mit seinem Namen für seine Arbeit einsteht, ein sehr hohes Gut ist, das es zu schützen und zu erhalten gilt. Deswegen freut es mich auch, dass die Freiberuflichkeit und ihre Stärkung in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden.

BZB: Dem neuen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn steht mit Karl Lauterbach ein gewichtiger Gegenspieler gegenüber. Sehen Sie die Gefahr, dass die SPD beispielsweise die Bürgerversicherung durch die Hintertür einführen könnte?

Zeulner: Ich kann mit voller Überzeugung sagen: Jens Spahn ist Herrn Lauterbach sehr gut gewachsen. Unser Ziel ist es, dass die Menschen nach dieser Legislaturperiode sagen können: Es ist vielleicht noch nicht alles gut, aber vieles besser. Deshalb würden wir die Bürgerversicherung auch einführen, wenn es tatsächlich besser für die Menschen in unserem Land wäre. Ich bin mir nur sicher, dass die Ungleichheiten bei einer Bürgerversicherung größer werden würden, wie wir es auch in anderen Ländern beobachten können.

BZB: Die CSU hat nun wieder eine Doppelspitze. Wie gut läuft aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit zwischen München und Berlin – auch in der Gesundheitspolitik?

Zeulner: Ich schätze mich sehr glücklich, dass ich mit unserer Staatsministerin Melanie Huml eine sehr gute und tatkräftige Verbündete für die Gesundheitspolitik habe. Auch in den Koalitionsverhandlungen war die Zusammenarbeit sehr gut und wir konnten, auch mit Blick auf Bayern, viel erreichen. Es ist schön, dass man sich hier gegenseitig, je nach Zuständigkeit, unterstützt. Melanie hat, wie ich, ein Herz für die ländlichen Räume und ist daher immer bereit, hier gemeinsam neue Ideen zu entwickeln, um die Versorgung zu stärken. Es ist immer wieder schön zu sehen, dass Bayern gerade in der Gesundheitspolitik als Vorreiter gilt und Vorbildfunktion für andere Bundesländer einnimmt. Das wäre ohne eine gute Zusammenarbeit so nicht möglich. Es freut mich, dass Melanie wieder dem bayerischen Kabinett angehört und ich weiter mit ihr Gesundheitspolitik gestalten kann.

BZB: Vielen Dank für das Gespräch.